

Expedition in ein Milliardengrab

Seit fast 50 Jahren dient die Asse als Deponie für Atommüll. Weil das ehemalige Bergwerk abzusinken droht, wird der Bundestag die Rückholung von 126 000 Fässern beschließen. Dabei gibt es derzeit weder die Sicherheit noch die Technik für eine erfolgreiche Bergung.

Es ist warm 750 Meter unter der Erde, die Luft ist stickig, sie schmeckt salzig. Fünf Männer stehen vor einer übergroßen Bohrmaschine. Sie haben orangefarbene Overalls übergestreift, sie tragen klobige Spezialschuhe, gelben Helm, Schutzbrille. Sie schalten die Maschine ein, gemächlich frisst sich das Gestein in eine graue Wand.

Seit mehr als sieben Monaten versucht sich das Team an einem Loch von acht Zentimeter Durchmesser. Sein Ziel ist eine der ehemaligen Abbaukammern des Bergwerks Asse II im niedersächsischen Remlingen. Hinter einer 20 Meter dicken Barriere verrotten seit über drei Jahrzehnten Tausende Fässer mit Atommüll.

Zur Stabilisierung mit Salz verfüllte Kammern



Probebohrungen an Kammer 7

13 Einlagerungskammern mit insgesamt 126 000 Fässern Strahlenmüll

Teure Ruine

Modell der Schachtanlage Asse II

Maximale Ausdehnung der Anlage unter Tage: **ca. 700 x 900 m**

46 930 m³ Abfallvolumen

Durchschnittsgröße einer Abbaukammer: **60 x 40 x 15 m**

ca. **12 m³** Wasser sickern pro Tag in die Anlage

Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz

Die Arbeit birgt ein Risiko. Im Laufe der Jahre, warnen Fachleute, hätten sich in Hohlräumen womöglich explosive Gase gesammelt, ein Zündfunke könnte eine Katastrophe auslösen. Deshalb darf sich der Bohrkopf nur ganz langsam drehen. Kaum ist die Maschine zehn Zentimeter vorangetrieben, ziehen die Männer das Gestänge aus dem Loch und schieben eine Messsonde hinein. Pro Schicht schaffen sie auf diese Weise 20 Zentimeter.

Die Bohrerei soll am Ende einen Blick in die erste von 13 mit Müllfässern gefüllten Kammern erlauben und Informationen darüber liefern, in welchem Zustand sich die Tonnen befinden – und welche Vorkehrungen zu treffen sind, um sie aus dem hundert Jahre alten Stollenlabyrinth wieder herauszuholen.

Zwei Jahre lang wurde die Reise ins verstrahlte Salz vorbereitet, es wurden Messgeräte neu entwickelt, Maschinen gebaut, Computerprogramme geschrieben. Die Leute des Bohrtrupps haben sich freiwillig gemeldet, sie arbeiten in einem hermetisch abriegelten Raum. Damit keine radioaktiven Staubpartikel in die übrige Grube gelangen, herrscht hier ständiger Unterdruck. Auf dem Boden liegt ein spezieller Vinylbelag, der sich dekontaminieren lässt, die Wände sind mit eigens angefertigten Kacheln ausgekleidet.

Zum Start der Erkundungsbohrung am 1. Juni vorigen Jahres kam Bundesumweltminister Peter Altmaier vorbei. Zwei Schneiderinnen hatten dem schwergewichtigen CDU-Politiker noch rasch einen weißen Bergmannsanzug gefertigt, weil keiner der vorhandenen passte; dann drückte Altmaier in einem Nachbarstollen einen roten Knopf, um die Bohrmaschine symbolisch in Gang zu setzen.

Es war jener Moment, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland in eines der technisch ambitioniertesten und mithin teuersten Abenteuer seiner Industriegeschichte stürzte; ein kühnes, vielleicht tollkühnes Projekt, das mindestens vier Milliarden, aber wohl eher fünf bis zehn Milliarden Euro verschlingen wird; eine Sanierung, die 30 Jahre dauern wird, oder mehr. Und von der man heute nicht sicher sein kann, dass sie jemals zum Ziel führen wird.

Schon die erste Etappe zeigt, was die beabsichtigte Rückholung der Fässer bedeutet: eine Expedition ins Ungewisse. 35 Meter trieb die Mannschaft das Bohrgestänge ins Salz – die Kammer mit dem eingelagerten Strahlenmüll haben sie nach sieben Monaten noch nicht gefunden. Inzwischen glauben Geologen zu wissen, dass sie um rund zweieinhalb Meter verpasst wurde. Weil der Berg ein Eigenleben führt, sich verformt, das Salz von Süden nach Norden verschiebt.



Politiker Gabriel, Altmaier 2012 in der Asse: „Geld soll keine Rolle spielen“

Das ist die Ausgangslage in der Asse: Hier die Ingenieure, die alles planen wollen, alles planen müssen, die niemanden gefährden dürfen, die sich an die Vorschriften des Atomrechts zu halten haben, die den Willen der Regierung umsetzen und die Sorgen der Anwohner berücksichtigen sollen. Und dort die Naturgewalt eines Bergwerks, das macht, was es will.

Seit 2009 ist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zuständig für die Asse. Es ist eine Behörde, die einst geschaffen wurde, um etwa die Sicherheit der Mitarbeiter in Kernforschungsanlagen zu überwachen. Anfang 2010 erhielt das BfS vom Bund den Auftrag, zu prüfen, ob der Strahlenmüll geborgen werden kann. Zur Vorbereitung veranschlagte das Amt drei Jahre; zuletzt hieß es, man brauche allein für die Faktenerhebung zehn Jahre.

Bis heute hat das BfS kein detailliertes Konzept für die Rückholung, keinen Zeitplan, kein Drehbuch, das die technischen Abläufe vorgibt. Es ist ein Flug auf Sicht, und es stellen sich Probleme, für die es weltweit noch keine Lösungen gibt.

Das erinnert an große deutsche Infrastrukturprojekte, bei denen in der Bauphase alles schwieriger, langwieriger, teurer wurde als erwartet – mit dem Unterschied, dass es Tiefbahnhöfe, Großflughäfen und Konzerthäuser schon reichlich auf diesem Globus gibt. Atom Müll aus einem absaufenden, einstürzenden Salzbergwerk rauszuholen ist hingegen einzigartig. „Was wir hier vorhaben, hat noch nie jemand gemacht“, sagt Jens Köhler, der Technische Geschäftsführer der Asse.

Die Rückholung der Fässer war vor allem eine politische Entscheidung. Sie fiel,

weil die Politiker ein schlechtes Gewissen gegenüber ihren Bürgern haben. Ursprünglich war denen erklärt worden, in der Asse werde lediglich „erforscht“, wie sich radioaktiver Müll in einem Endlager verhält. Doch dann nutzten Atomkraftwerke, Kernforschungsanlagen, die Bundeswehr, medizinische Einrichtungen und die Industrie die Schachanlage als Klo für allerhand Kontaminiertes. Der Bund kassierte Entsorgungsgebühren, und jahrzehntelang kümmerten sich die Minister in Bonn, Berlin und Hannover einen Dreck darum.

Erst 2007, als der damalige Betreiber der Grube, das Helmholtz Zentrum München, die Stollen mit einer Magnesium-Chlorid-Lösung fluten wollte, war die Ignoranz nicht länger durchzuhalten. Anwohner befürchteten, mit der Verfüllung der Hohlräume könnten radioaktive Stoffe ins Trinkwasser gelangen; die Verseuchung, so die Sorge, könne sich über die Elbe bis nach Hamburg ausbreiten. Bürgerinitiativen formierten sich, interne Papiere gelangten an die Öffentlichkeit, ein Untersuchungsausschuss wälzte Tausende Aktenordner, das Ergebnis war einer der größten Umweltskandale der Republik. Seitdem glauben alle Parteien: Den Menschen vor Ort ist nichts anderes mehr zu vermitteln als das Versprechen, die Fässer zu bergen.

Sozialdemokrat Sigmar Gabriel, ein Kind der Region, sorgte als Bundesumweltminister für den Managementwechsel, übertrug die Verantwortung vom Helmholtz-Zentrum auf das BfS – und versicherte für die Rückholung: „Geld soll keine Rolle spielen.“

Die Politiker haben sich sogar darauf eingelassen, die Bergung des Asse-Mülls

ins deutsche Atomgesetz zu schreiben. Das soll helfen, die im Atomrecht so anspruchsvollen, zähen Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Am Mittwoch wird es eine Anhörung im Umweltausschuss zur „Lex Asse“ geben, dann sollen die letzten semantischen Präzisierungen erfolgen – und noch vor Ostern will der Bundestag das Gesetz verabschieden.

Es wird diese Woche also viel über die Lex Asse geredet und geschrieben werden, die Politiker werden sich loben und die Zukunft preisen. Aber die Debatte um die Rückholung ist damit nicht beendet. Das Gesetz mag der Politik eine Atempause verschaffen, das Thema Asse vor dem Bundestagswahlkampf abräumen.

Doch dann wird die Debatte wieder hochkommen, bei jeder weiteren Verzö-

lisieren, dass der Müll abtransportiert werden kann.

„Glück auf“, ruft Köhler jedem zu, der ihm unter Tage entgegenkommt. Als er von der Decke des Schachts ein Rauschen hört, wird er aufmerksam: „Ahhh, mein Lieblingsgeräusch“, sagt er. Das Rauschen bedeute, dass die „Anlage läuft“, dass Spezialbeton in marode Schächte gepumpt wird.

Denn die Asse hat nicht nur ein Problem mit 126 000 Fässern voll von radioaktiv verstrahltem Unrat. Sie hat auch das Problem, dass ihr Stollensystem, das der Architektur eines Ameisenhaufens ähnlich scheint, einzustürzen droht.

„Das ist eine total brüchige Bude“, sagt Köhler, jahrzehntlang hatte man die Schächte vergammeln lassen, weil die Anlage ja kurz vor der Schließung stand.



Bohrmannschaft in der Asse: Ein Zündfunke könnte eine Katastrophe auslösen

gerung, bei jeder Kostensteigerung, bei jeder geologischen Hiobsbotschaft, bei jedem internen Gutachten, das die Erfolgsaussichten oder den Sinn der Rückholung in Frage stellt. Die Bürger im nördlichen Harz sind empfindlich, wegen des Missbrauchs der Asse als Atommülldeponie fühlen sie sich belogen und betrogen. Und sie wissen: Viele im BfS, im Bundesumweltministerium und bei den Genehmigungsbehörden halten die Bergung des Mülls für ein Projekt des Wahnsinns.

Was ist die bessere Lösung? Den Atom Müll nach oben zu schaffen oder das Zeug quasi einzubetonieren? Jens Köhler, 47, ist Bergbauingenieur, er hat Tunnel in den Alpen gegraben, in China und in Indien, aber diese Frage will er nicht beantworten. Der Asse-Chef sagt, er führe den Auftrag aus, den ihm die Politiker übertragen. Und derzeit heißt der Auftrag, die Grube so zu stabi-

Um wenigstens vorgewarnt zu werden, installierten die Ingenieure ein mikro-seismisches System, eine Weltneuheit. 28 Messstationen registrieren seitdem kleinste Erschütterungen im Berg. Die Sensoren melden sogar, wenn einem Arbeiter ein Hammer aus der Hand fällt.

Im vergangenen Jahr krachte die Wendel zusammen, eine Art Serpentinstraße zwischen den Schächten. Sie sei die „Lebensader“ der Anlage, erklärt Köhler. Es dauerte Monate, bis ein neuer Tunnel in das Salz gefräst war.

Ingenieur Köhler befindet sich also in einem Wettlauf mit der Zeit. Er hat keine Ahnung, ob er ihn gewinnen kann. Bislang war die Asse für ihn vor allem ein bürokratisches Monster. „Die Genehmigungswege sind äußerst anspruchsvoll“, sagt Köhler spitz – und meint damit den nervtötenden Papierkrieg. Jeder neue Arbeitsschritt bedeutet Dutzende Aktenordner mit Genehmigungen, Gutachten, Stellungnahmen.

Manches muss vom niedersächsischen Umweltministerium abgesegnet werden, manches vom Landesamt für Bergbau. Und über allem thront Altmaiers Bundesumweltministerium als Aufsicht. Bis Mitte 2012 die erste Probebohrung beginnen konnte, dauerte es zweieinhalb Jahre und brauchte es 18 000 Blatt Papier an Genehmigungsunterlagen – übereinandergestapelt sind die Dokumente so hoch wie der Förderturm der Asse.

Als die Rückholung der 126 000 Fässer beschlossen wurde, führte das BfS in einem Video vor, wie einfach diese Aufgabe zu bewältigen sei: Zu sehen war, wie Roboter die Tonnen einsammeln, zusammenpressen oder in Folie verpacken, bevor sie an die Erdoberfläche geschafft werden. Spätestens bis 2025, so die Botschaft, sei die Operation abgeschlossen.

Inzwischen scheint klar, dass in diesem Jahrzehnt kein einziges Fass geborgen werden kann. Dazu ist nämlich der Bau einer zusätzlichen Schachtanlage notwendig, im Prinzip ein neues Bergwerk neben dem alten. Und das bringt vor allem Umweltschützer in Gewissensnot.

Als Arbeiter einen Wald zu roden begannen, von wo aus der neue Schacht gebaut werden soll, entdeckten sie in einem Gewässer den Laich eines in Niedersachsen stark gefährdeten Lurchs: Der Springfrosch (*Rana dalmatina*) steht auf der Roten Liste bedrohter Tierarten. Jetzt muss ein Plan her, wie die Population gerettet werden kann. Und auch die Zwiebeln der seltenen Türkenbundlilie und des Märzenbechers müssten umgesetzt werden.

Vor 2025 wird der neue Schacht nicht funktionsfähig sein. Mal abgesehen davon, dass es auch noch keine Pläne für eine Verpackungsanlage gibt oder für eine gigantisch große Halle, in der bis zu 50 000 Kubikmeter Strahlenabfall und ebenso viel belastetes Salz später gelagert werden können.

In der Asse lässt sich beobachten, wie emotional die Sorge um die Umwelt werden kann. Das Salzwasser, das seit 25 Jahren permanent in die Stollen tröpfelt, wird aufgefangen, weit bevor es mit den Fässern in Berührung kommen kann. Eigentlich könnte man die Flüssigkeit in die Nordsee kippen, doch Wasser aus der Asse hat ein Imageproblem. Niemand will es haben – es sei denn, er bekommt etwas dafür. So wird das reine Salzwasser über hundert Kilometer zum ehemaligen Salzbergwerk Mariagluck gekarrt, das ohnehin geflutet wird. Dessen Inhaber, die Firma K+S, hat seit 2009 für die Annahme des unproblematischen Asse-Wassers rund eine Million Euro kassiert.

Schaut Udo Dettmann, 40, aus dem Fenster, blickt er auf Bahnschienen, die direkt neben seinem Haus zur Asse führen. Die Gleise, auf denen Güterzüge bis 1964 das Salz aus der Grube abtrans-

portierten, spielen eine wichtige Rolle im Leben des Diplom-Ingenieurs. Als Kind war das verwilderte Stück für ihn ein Abenteuerspielplatz, doch auch heute weiß er das Gleisbett zu schätzen: „Da kann ich mich anketten, wenn sie das Magnesium-Chlorid für die Flutung der Asse herankarren wollen.“

Dettmann ist Sprecher des Koordinationskreises Asse II, bei ihm laufen die Bürgerproteste zusammen. Die Leute im Koordinationskreis sind keine Berufsoppositionellen, keine weltanschaulich Verbohrten, keine, die alles ablehnen, was unbequem sein könnte. Dettmanns Cousin ist in die Asse eingefahren, der Job galt als attraktiv. Viele sahen in dem Forschungsstandort im Zonenrandgebiet die Chance, wirtschaftlich voranzukommen. Die Asse bot Arbeitsplätze, Wachstum, eine Perspektive. Für Kindergeburtstage fanden Führungen unter Tage statt. Das Helmholtz Zentrum lud örtliche Politiker zum Oktoberfest nach München ein.

Und da Atommüll nicht riecht, nicht raucht, keine sichtbaren Spuren hinterlässt, so sieht es Dettmann, habe man mögliche Gefahren damals „im Kopf verdrängt“. Erst als auf einer Hochzeit jemand berichtete, in dem Stollen habe es einen Wassereinbruch gegeben und das Bergwerk drohe abzusinken, machte sich eine Gruppe von Anwohnern schlau – und stellte schließlich fest, sagt Dettmann, „dass wir hier 40 Jahre lange verarscht worden sind“.

Auch wenn der Bundestag im März die Lex Asse verabschiedet wird: Das Misstrauen bleibt. Weil, wie es Marcus Bosse, der örtliche Landtagsabgeordnete der SPD, formuliert, es bei den wichtigen Institutionen „zu viele Maulwürfe“ gebe, die gegen die Rückholung seien. Eine Handvoll Beamte und Gutachter, so Bosse, erwiesen sich als Bremser: Angestellte des BfS, Berater des Bundesumweltministeriums, und alle hätten sich fürs Fluten ausgesprochen.

Für einen besonders hartleibigen Verzögerer hält Bosse den Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium, Gerald Hennenhöfer. Der Jurist gilt nicht nur als versiertester Atomexperte der Regierung, sondern auch als Verfechter der Kernkraft. Offiziell mag der Ministerialdirektor zur Asse nur ein paar dürre Worte sagen: „Wir tragen eine schwere Verantwortung und fühlen uns den Menschen in der Region und deren Wunsch nach Rückholung verpflichtet“, so Hennenhöfer. Dabei müssten alle Risiken im Blick behalten werden. „Dazu sind wir per Gesetz verpflichtet.“

Wie skeptisch die ergraute Eminenz dem politisch Gewollten gegenübersteht, liest sich aus einer Anweisung an das BfS im März 2010: Die Rückholung sei nur „unter gewissen Voraussetzungen“ die

beste Lösung. Deshalb müsse sich das Bundesamt „unverzüglich“ auch mit „Maßnahmen zur sicheren Verwahrung der radioaktiven Abfälle in den untertägigen Hohlräumen“ auseinandersetzen.

Unter den Lokalpolitikern rund um die Asse gibt es etliche, die Hennenhöfers Demission öffentlich fordern – weil der Rückholungsgegner über die Besetzung aller höheren Positionen im BfS bestimmt, den Asse-Betreiber beaufsichtigt und ihn damit gut auf Trab hält. Von Dezember 2008 bis Dezember 2012 verschickte das Ministerium an das BfS über 160 Erlasse und forderte Berichte an.

Es ist egal, welchen Politiker im Nordharz man fragt, den Landrat, den CDU-Landtagsabgeordneten oder dessen SPD-Kollegen, sie alle empört das offensicht-



Protestkoordinator Dettmann

„Wir sind 40 Jahre lang verarscht worden“

liche Zeitspiel der Bürokraten. Dorothee Menzner, für die Linke im Umweltausschuss des Bundestags, hat es persönlich erlebt, mit Peter Hart von der Abteilung für nukleare Ver- und Entsorgung im Umweltministerium: „Jeder Vorschlag, die Rückholung zu beschleunigen, wurde von ihm abgelehnt. Es hieß immer nur: geht nicht, geht nicht. Dann habe ich ihn gebeten: Sagen Sie doch mal, was geht.“

Menzner mag Minister Altmaier nicht absprechen, dass er den Asse-Müll bergen lassen will. Sie fragt sich aber, ob er sich in seinem Haus durchsetzen kann: „Dort ist nämlich noch viel Denken vorhanden, das vor gut zwei Jahren erst die Laufzeiten der Atommeiler verlängerte.“

Vielleicht ist das Versagen der Politik aber auch ganz anderer Art. Im vorigen Jahr verabschiedete sich einer der Spitzenleute des BfS, er wechselte zur

OECD, und er tat es mit einem Paukenschlag: Michael Siemann, der Projektleiter für die Rückholung, erklärte im Fernsehen, dass die gefahrlose Bergung des Mülls aus technischen Gründen unrealistisch sei. „Viele wissen das, aber keiner möchte es sagen“, aus Angst vor schlechter Presse und vor dem Zorn der Bevölkerung. Der Geochemiker sah angesichts der maroden Stollen keine Zeit und wegen fehlender Robotertechnik auch keine Mittel, den Müll sicher nach oben zu schaffen. Das hätten die Politiker aber nicht hören wollen.

Siemann hatte schon 2011 in einem internen Memorandum die Schwierigkeiten zusammengefasst und empfohlen, „bereits jetzt alle fachlichen und kommunikativen Vorbereitungen für eine Aufgabe des Projekts ‚Rückholung‘ zu treffen“.

Jeder Satz dieser Art, jede Erschwerung, jede Verzögerung dient dem Protestkoordinator Dettmann als Beweis, dass „sie das Zeug in Wahrheit nicht rausholen wollen“. Deshalb fragen sich der Aktivist und seine Gesinnungsfreunde, wo die Fallstricke in dem neuen Gesetz liegen. Sie haben den Text mit anwaltlicher Hilfe gedreht und gewogen. In leichter Paranoia denken sie gar darüber nach, ob mit der Lex Asse ein Gesetz geschaffen wird, mit dem der Abbruch der Rückholung rechtlich sauber exekutiert werden kann. Im Entwurf steht nämlich jetzt, dass eine erhöhte Strahlung bei einer Bergung des Mülls abgewogen werden muss mit den Gefahren, die bei einem Verbleib unter Tage drohen.

Dettmann ist hin- und hergerissen. Jetzt kriegen sie endlich ihr Gesetz – und werden doch ihren Argwohn nicht los. Dettmann schätzt die Wahrscheinlichkeit, dass die Asse irgendwann von Atommüll befreit ist, auf 75 Prozent. „Aber wenn wir hier als Bürgerinitiativen aufhören, sinkt sie auf null Prozent.“

Es ist nicht einfach, in dieser Zeit als Professor für Medizinische Physik und Strahlenschutz zu arbeiten. „Nach Fukushima war es oft unerträglich, welcher Unsinn über radioaktive Strahlung selbst von renommierten Fernsehsendern verbreitet wurde“, sagt Joachim Breckow. Als Präsident des Fachverbandes für Strahlenschutz, einer Vereinigung von über 1400 Mitgliedern aus Wissenschaft, Industrie und Behörden, steht er dann vor der Frage: einfach den Mund halten und sich über so viel Fehlinformation und Unkenntnis wundern? Oder versuchen, die Öffentlichkeit aufzuklären?

Im vorigen Herbst wollte Breckow, 58, nicht mehr schweigen. Anlass war die Asse. Er forderte, das Konzept der Rückholung zu stoppen, es sei „wahrscheinlich nicht die beste Lösung“. Seitdem haben die Bürgerinitiativen ein Feindbild mehr. Der Professor sitzt im

ZEITGESCHICHTE

Crashkurs in Demagogie

Adolf Hitler begann seine Politik-Karriere als einfacher Soldat in München. Beim Militär erwarb er entscheidende Kompetenzen für seinen späteren Aufstieg.



Gefreiter Hitler 1916: Beheizter Schlafplatz und Verpflegung

achten Stock der Technischen Hochschule Mittelhessen. Er trägt ein schmales Lederband um den Hals, seine grauen Koteletten wachsen ihm die Backen hinunter. Die Asse als Strahlenklo der Republik hält er für „eine große Sauerei“. Wissenschaft, Atomindustrie, aber auch die Strahlenschützer hätten dadurch viel Vertrauen eingebüßt. Und genau deshalb müsse man „nun endlich ehrlich sein“. Es sei Zeit, gegen die allgemeine Stimmung anzutreten, „statt einfach nur mitzuschwimmen“.

Strahlenschützer, argumentiert Breckow, sollten dafür Sorge tragen, die Belastungen für die Menschen so gering wie möglich zu halten. Aber die derzeitige Planung der Politiker, sagt der Biophysiker, gehe dahin, die Gefahren zu erhöhen. Es sei „schlichtweg naiv zu glauben“, Maschinen allein könnten den Atommüll aus dem Berg holen. Auch beim Transport und bei der Verpackung der verrosteten Fässer würde radioaktive Strahlung frei. Zudem müsse ein riesiges Zwischenlager gebaut werden, vermutlich das größte in Deutschland, geschützt vor Flugzeugabstürzen und Terroranschlägen. Das alles sei vermeidbar, wenn man zumindest den Großteil des Mülls einfach im Berg belasse – das eher kleinere Übel.

Breckow sagt, ein Strahlenschützer dürfe „nichts kleinreden“, aber er dürfe rechnen und dann Empfehlungen geben. Es ist eine Güterabwägung, und die wende sich derzeit klar gegen die Rückholung.

Der Wissenschaftler macht folgende Rechnung auf: Selbst im Fall „nicht beherrschbarer Lösungsmittelzutritte“ – also wenn die Asse absäuft – würde die Bevölkerung in fernen Jahrzehnten pro Jahr einer Strahlenbelastung von maximal 0,1 Millisievert ausgesetzt werden – das seien drei Prozent der Belastung durch natürliche Strahlung. Man müsste dann im äußersten Fall womöglich darauf verzichten, Trinkwasser aus dem Gebiet zu entnehmen.

Wer sich einer normalen Röntgenaufnahme unterziehe, erklärt Breckow, werde mit rund 0,5 Millisievert belastet – dem Fünffachen der jährlichen „Asse-Dosis“. Wer sich mittels einer Computertomografie untersuchen lässt, bekomme zehn Millisievert ab. Man könne auch sagen: Wer 100 Jahre lang im Umland einer absauenden Asse wohne, erhalte die gleiche Menge Strahlung wie durch 20 konventionelle Röntgenaufnahmen oder eine Computertomografie im ganzen Leben. Solche Vergleiche seien nötig, sagt Breckow, um die „Strahlenbelastung zu verstehen“.

Doch wenn suggeriert werde, dass die Probleme gelöst seien, wenn die Asse leer geräumt sei, sagt Breckow, dann werde den Leuten „Sand in die Augen gestreut“.

MICHAEL FRÖHLINGS DORF, UDO LUDWIG, ALFRED WEINZIERL

Seit Jahrzehnten versuchen Historiker herauszufinden, wie aus einem hageren Mochteger-Maler ein mörderischer Tyrann werden konnte, wo der junge Hitler maßgeblich geprägt wurde. Schon in Linz, wo er als Sohn eines gewalttätigen Zollbeamten aufwuchs? In Wien, wo er als erfolgloser Künstler von 1908 bis 1913 die meiste Zeit in einem Männerwohnheim lebte? Oder während des Ersten Weltkriegs, wo er an der Westfront zerfetzte Leiber sah?

Der Salzburger Historiker Othmar Plöckinger setzt einen deutlich anderen Akzent. „Die entscheidende Weichenstel-

lung in Hitlers Leben“, urteilt der Wissenschaftler, „war seine Zeit im militärischen Umfeld Münchens von 1918 bis 1920.“ Hier zementierte Hitler, so Plöckingers Befund, sein antisemitisches Weltbild. Hier wurde er zum Antibolschewisten. Hier machte er Erfahrungen, „die er später bei seiner Karriere als Propagandist und Parteiführer der NSDAP zu nutzen wusste“.

Othmar Plöckinger hat für seine Sicht auf Hitler eine Vielzahl guter Argumente zusammengetragen*. Als Mitglied einer Untersuchungskommission seines Regiments lernte der Gefreite, politische Gegner zu bekämpfen. Er besuchte antibolschewistische Aufklärungskurse, in denen rechte Dozenten, die auf ein Ende der Demokratie in Deutschland hofften, ihn propagandistisch schulten. Und er bekam im Auftrag des

Was macht ein Soldat, der aus einem verlorenen Krieg kommt und vor dem Nichts steht? Der keine Ausbildung hat, keine Familie, keine Freunde. Er bleibt Soldat.

Am 21. November 1918, zehn Tage nach dem Waffenstillstand, fand sich der Gefreite Adolf Hitler am Standort seines Regiments in München ein; hier bekam er kostenlos Verpflegung, monatlich rund 40 Reichsmark Lohn und einen beheizten Schlafplatz – was im Winter 1918/19 von großer Bedeutung war.

Viele Jahre später behauptete Hitler, er habe schon bei Kriegsende beschlossen, Politiker zu werden. In Wahrheit wollte er Ende 1918 so lange wie möglich Soldat bleiben. Bis Hitler das alte Heer verlassen musste, vergingen noch knapp anderthalb Jahre – es ist die am wenigsten erforschte Phase im Leben des späteren Diktators.

Heeres Gelegenheit, sich als Redner vor einem größeren Publikum zu profilieren. Kurzum: Hitler, der die Realschule im Alter von 16 Jahren verlassen hatte, erwarb in einer Art Crashkurs „Schlüsselkompetenzen zur Steuerung einer Bewegung“, wie Historiker Plöckinger herausgefunden hat.

Die politische Karriere des Soldaten Hitler begann im Frühjahr 1919, als in München die Lage eskalierte. Am 7. April riefen radikale Sozialisten die Bayerische Räterepublik aus und begannen mit der Aufstellung einer „Roten Armee“ nach russischem Vorbild. Die meisten Soldaten an Hitlers Seite weigerten sich, den revolutionären Truppen beizutreten. Der österreichische Gefreite wurde zwar zu

* Othmar Plöckinger: „Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920“. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn; 376 Seiten; 39,90 Euro.